
Zypern beschließt erste Schritte zur Rettung des Landes

Abgeordnete billigen Einschränkungen auf dem Kapitalmarkt – Zwangsabgabe auf Spareinlagen kommt

Nikosia/Brüssel. (dpa) Zypern hat erste weitreichende Schritte zur Rettung des Euro-Lands vor dem Staatsbankrott unternommen und Teile eines Sparpakets verabschiedet. Das Parlament in Nikosia billigte am Freitagabend mehrheitlich Einschränkungen im Kapitalverkehr und die Bildung eines Solidaritätsfonds zur Rekapitalisierung der Banken. Auch die Aufspaltung einer der großen Banken (Laiki Bank) in ein reguläres Institut und eine sogenannte Bad Bank billigten die Abgeordneten.

Der wichtigste Teil des Rettungspakets und die entscheidende Voraussetzung für weitere Hilfen aus der EU steht allerdings erst an diesem Samstag auf dem Programm. Er sieht die Zwangsabgabe auf Bankeinlagen vor. Nach Billigung der Vorlage will der zyprische Präsident Nikos Anastasiades nach Brüssel reisen, berichtete das Staatsradio. Eine offizielle Bestätigung lag am Abend noch nicht vor.

Wie das Staatsfernsehen berichtete, soll die Zwangsabgabe gewaltig sein für Spareinlagen über 100000 Euro. Die Belastung soll zwischen 22 und 25 Prozent liegen. Sie betrifft jedoch nur die größte Bank Zyperns, die Cyprus Bank, wo die meisten Ausländer ihre Gelder geparkt haben, wie es hieß.

Wegen der Zypern-Krise gerät auch der Terminkalender der EU durcheinander. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy kündigten an, den für

nächste Woche geplanten EU-Japan-Gipfel zu verschieben.

Der zyprische Regierungssprecher Christos Stylianides sprach von den wichtigsten und dramatischsten Stunden in der Geschichte der Insel. Er äußerte sich vorsichtig optimistisch, dass es bald eine Lösung geben könnte, die für Zypern „einen Neustart“ bedeuten würde.

Das EU-Land muss eine Eigenleistung von 5,8 Milliarden Euro zusammenbringen, um von den internationalen Geldgebern Nothilfen von zehn Milliarden Euro zu bekommen. Am Montag will die Europäische Zentralbank den maroden Banken den Geldhahn abdrehen, falls kein Rettungspaket steht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte die Zypriern, die Geduld der Geldgeber überzustrapazieren. „Ich wünsche mir das nicht, dass es zu einem Crash kommt“, sagte sie vor Koalitionsabgeordneten.

Hartmut Koschyk (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, sagte unserer Zeitung, man könne über die genaue Ausgestaltung des Eigenbeitrags von Zypern „sicher reden. Es darf aber kein Programm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns geben.“

Zyperns Hilferufe nach Moskau verhallten zunächst ungehört. „Die Verhandlungen sind beendet“, sagte Finanzminister Anton Siluanow. Die zyprische Regierung versuchte vergeblich, russische Investoren mit Beteiligungen an Gasvorkommen oder Banken zu Krediten zu bewegen.

Seite 7/Wirtschaft